Abg. Hartmann dankte der Verwaltung für die ausführlichen Controlling Berichte, vor allem im Hinblick auf die detailliertere Darstellung der einzelnen Positionen im Dezernat 3 im Vergleich zum Controlling Bericht des 2. Quartals.

Abg. Dr. Bieber bat zur Niederschrift um Auskunft zu den Grundlagen der Erhebung des Stauaufkommens auf der A 59, was unter anderem ursächlich für die geringeren Erträge im Rahmen der Überwachung des fließenden Verkehrs sei. Im Zusammenhang mit den gestiegenen Schülerbeförderungskosten im Amt 40 erkundigte er sich nach dem Sachstand des Spitzabrechnungsverfahrens der RSVG, ohne das bisher keine genauere Kostenberechnung möglich gewesen sei.

Antwort der Verwaltung:

Als Grundlage für die getroffene Aussage zum Stauaufkommen dient der sog. „Staubildungsfaktor“, der bei der Verkehrszentrale Leverkusen im Rahmen der fortlaufend erhobenen Daten ermittelt wird.

Laut dieser dort geführten Statistik ist die Stauanfälligkeit / das Stauaufkommen der A 59 im Abschnitt Sankt Augustin-West bis Bonn-Nordost im laufenden Jahr 2017 bisher um das sechsfache höher als im gleichen Zeitraum 2016.

Dies bedingt zweifelsfrei höhere Verkehrsdichten, die insgesamt dämpfenden Einfluss auf das allgemeine Geschwindigkeitsverhalten haben, was sich wiederum in den festgestellten Verstößen widerspiegelt.

Die Planung der Haushaltsansätze 2017/2018 erfolgte aufgrund fehlender Endabrechnungen der RSVG für die Schuljahre 2014/2015 und 2015/2016 (Verzögerungen aufgrund Softwareumstellung) auf der Basis von Schätzungen. Erst im Dezember 2016 lagen die Abrechnungen vollständig vor. Nach der Prüfung wurden im Jahr 2017 Nachzahlungen an die RSVG geleistet, für die im Jahresabschluss 2016 durch Bildung von Rückstellungen Vorsorge getroffen worden war. Die Softwareumstellung bei der RSVG ist nach Kenntnis der Verwaltung abgeschlossen.

SkB Roth fragte, ob zusätzlicher Stellenbedarf aufgrund der Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes und der damit einhergehenden Verdopplung des Aufwands bzw. Verschlechterung i. H. v. 580 T€ vorliege und diese zusätzlichen Personalkosten in die Prognose eingeflossen seien. Weiterhin bat er um Klärung, ob die Verbesserungen durch das Unterhaltsvorschussgesetz ohne Abzug von etwaig gestiegenen Personalkosten vollständig bei den Betroffenen ankämen.

Frau Waibel erklärte, die Personalkosten seien nicht in den seitens des Jugendamtes gemeldeten Verschlechterungen enthalten, sondern würden separat im Controllingbericht für Personal- und Versorgungsaufwand ausgewiesen. Die vorliegenden Verschlechterungen stellten die zusätzlichen Ausgaben für den Leistungsbezug dar. Sie führte aus, der Kreis der Leistungsempfänger habe sich durch die Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes verdoppelt. Dieser Mehraufwand werde durch gestiegene Erstattungen von Bund und Land größtenteils aufgefangen. Zu Lasten des Kreishaushalts gingen allerdings bisher die Personal- und Verwaltungsaufwendungen, die der Rhein-Sieg-Kreis zur Leistungserbringung bereitstelle.